

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)
(Schiersteiner Neuigkeiten) — (Niederwallener Zeitung)

Postfachkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Erscheint: Dienstage,
Donnerstage, Samstage
Druck und Verlag
Probst'sche Buchdruckerei
Schierstein.
Verantwortlicher Schriftsteller
Wilh. Probst, Schierstein.

Anzeigen
Kosten die einseitige Kolonellzeile
oder deren Raum 15 Pf.
Für auswärts Besteller 20 Pf.
Reklamen 30 Pf.

Bezugspreis
monatlich 80 Pf., mit Bringer-
10 in 55 Pf. Durch die Post
beziehen jährlich 2.55 Mk.
auschl. Beleggeld.

Fernruf Nr. 164.

Fernruf Nr. 164

Nr. 13.

Donnerstag, den 30. Januar 1919.

27. Jahrgang

Wahnsinn.

In Berlin folgt ein Streik dem andern. Die Reklamer streiken und die Gasthäuser bleiben geschlossen; die Straßenbahnen streiken, die Angestellten der Hoch- und Untergrundbahn streiken und Hunderttausende wukten nicht, wie sie zu und von ihrer Arbeitsstätte gelangen konnten; endlich streiken die Arbeiter der städtischen Elektrizitätswerke und die Folge war, daß bei Eintritt der Dunkelheit die Miesstadt lichtlos war, daß infolgedessen auch nur bei hellem Tag gearbeitet werden konnte, daß wieder die Straßenbahnen nicht verkehren, daß die an sich schon bedauerlich große öffentliche Unsicherheit noch zunahm und Berlin noch ärger in Verwirrung kommt, als es schon ist. Aber es ist leider nicht Berlin allein, wo bis zum Wahnsinn gesteigerter Unruhe sich breit macht, aus allen Ecken und Enden des Reiches kommen Nachrichten, daß Arbeiter ungeheuerliche Forderungen in Lohn stellen und die Arbeit hinwerfen, wenn ihren Wünschen nicht unverweilt Rechnung getragen wird. Ein Fieber des Wahnsinns scheint weite Kreise der deutschen Arbeiterschaft erfaßt zu haben; es nimmt ihnen den klaren Blick und die Besonnenheit, auf die sich unsere deutschen Arbeiter früher etwas zugute tun konnten; es läßt sie den starken Bau ihrer gewerkschaftlichen Organisation für die sie früher kein Opfer scheuten, leichtfertig beiseite schieben und zertrümmern. Die Sucht des Kriegsgewinns ist über weite Schichten der deutschen Arbeiterschaft gekommen, das anstehende Beispiel hat verblendeend gewirkt und viele Arbeiter glauben, nach dem verlorenen Kriege noch erraffen zu können, was in der Hoffnung auf einen günstigen Ausgang des Krieges eine kurzfristige Wirtschaftspolitik kapitalistischer Profitgier zugefunden hat. Aber ist es nicht dieser Wahnsinn, wenn deutsche Arbeiter nach dem völligen Niederbruch unseres Wirtschaftslebens ihm nun auch die allerletzte Möglichkeit des Wiederauflebens nehmen wollen? Ist es nicht eine unzerstörliche Torheit, ein unfähiges Verbrechen am ganzen deutschen Volke, wenn deutsche Arbeiter jetzt alles tun, um nicht nur ein Herabdrücken der unsinnig hohen Preise für all unsere Lebensbedürfnisse zu verhindern, sondern alle Preise noch weiter ins Unfassbare zu steigern?

Ihrer staatsbürgerlichen Bildung und Reife stellen sie Arbeiter die ihre Lohnforderungen heute nicht hoch genug emporschrauben können, das denkbar schlechteste Zeugnis aus. Denn das muß sich auch der in volkswirtschaftlichen Dingen völlig Unbewanderte sagen, daß die Preise für Erzeugnisse niemals heruntergehen können, wenn die Herstellungskosten immerzu erhöht werden; je höher der Lohn die Straßenbahnen verlangen, um so teurer werden die Fahrpreise, und je mehr die Arbeiter der Elektrizitätswerke fordern, um so teurer wird das Licht; je kostspieliger die Förderung der Kohle durch die hohen Löhne der Bergarbeiter wird, um so teurer wird auch der Hausbrand, das Fahren mit der Eisenbahn jedes Erzeugnis aller Industrien, die auf den Verbrauch von Kohle angewiesen sind. Ein volkswirtschaftlicher Organismus ist ein so feines Ding, daß der ganze Organismus es spürt und in Mitleidenhaftigkeit gezogen wird, wenn an einer Stelle seine Funktion nicht glatt vor sich geht. Viel wichtiger, als stets höhere Löhne zu fordern wäre heute, auf die Regierung und alle in Frage kommenden Instanzen einen starken Druck auszuüben, damit die unsinnig hohen Preise für nahezu alle Bedarfsgegenstände auf ein erträgliches und angemessenes Niveau zurückgeführt werden. Die Lohnpolitik, die jetzt von den Arbeitern in weitem Umfange getrieben wird, bewirkt nur das Gegenteil, sie treibt alle Preise zu schwindelhafter Höhe. Und wenn wir die Hoffnung gehabt haben, die Kriegsgewinne und großen Kapitalien zur Tilgung unserer ungeheuren Schuldenlast heranziehen zu können, so vermindert sich dieselbe von Tag zu Tag mehr, je größer der Umfang wird, indem sie in die Taschen der Arbeiter abfließen. Aus den Taschen der Arbeiter werden wir die verkrümelten Kriegsgewinne nicht mehr herausholen und die Bede für den Lohn, der jetzt von vielen Arbeitern getrieben wird, wird dann das ganze deutsche Volk zu zahlen haben.

Das Streikfieber in Berlin.

Der Allgemeine Verband der deutschen Bankbeamten, der gewerkschaftlich organisiert ist, hat durch den Aktionsausschuß ein Ultimatum an die Mitteldutsche Kreditbank gestellt, mit der Forderung, daß die 400 Angestellten der Bank mit der Höhe der für Februar in Aussicht gestellten Entlohnungsgeldbeihilfe nicht zufrieden sind und auf ihrer ursprünglichen Forderung bestehen, nämlich 2000 Mark allen Bankbeamten vor Ausbruch des Krieges im Monat

der März 1914 gezagten Beamten, 1500 Mark allen Unterbeamten. Für alle Angestellten wird eine Erhöhung von mindestens 100 v. H. des vor dem Kriege bezogenen Gehalts verlangt. Im Belagerungsfall wird mit dem Streik gedroht. Die Direktion hält diese Forderungen für ungerechtfertigt. Die Schuld an dem herausgeschworenen Zwist wird vom Verband der Direktion beigemessen, die in ihrer letzten Sitzung mit dem Betriebsangestelltenrat erörtert habe, von ihrem Standpunkt nicht abgehen zu können.

v. Lettow-Vorbeck.

Nachdem der Waffenstillstand unterzeichnet worden war, wurde eine amtliche Mitteilung der Unterzeichnung von Lettow zugestellt, der damals in Rhodesien eingetroffen war. Rajama, einen wichtigen Ort in Nordost-Rhodesien, besetzt hatte und mit einem Teil seiner Kräfte in der Richtung nach Broken Hill am belgischen Kongo marschierte. Lettow erhielt die Kunde des Waffenstillstandes am 12. November und handelte sofort den Umständen gemäß. Der „Rhodesian Herald“ beschreibt die Szene, da von Lettow sich endlich dem General Edwards ergab, der als Vertreter des Generals van Deventer entsandt worden war. Er schreibt: „Es war bestimmt, daß die Königs-African Rifles am 24. in Abercorn einmarschieren sollten, und daß die gesamte deutsche Streitmacht in einzelnen Abteilungen am folgenden Tage eintreffen sollte. Eine Bahne war auf einem freien Platz gegenüber dem Regierungsgebäude aufgestellt, und am Mittag des 25. Novembers nahm General Edwards förmlich die Übergabe-Erklärung Lettows und seiner Truppen entgegen. Lettow, dessen fesselnde Erscheinung einen guten Begriff von seiner wundervollen Persönlichkeit gibt, kam an der Spitze einer Abteilung, die aus einigen Europäern bestand, dicht gefolgt von etwa 400 Askari mit ihren Maschinengewehren, Trägern und Weibern. Nachdem sich diese Truppen schnell in drei enggeschlossene Linien formiert hatten, trat Lettow einige Schritte vor, grüßte die Fahne, holte ein Taschentuch hervor und wusch daraus in deutscher Sprache die Erklärung der Übergabe. Er wiederholte sie auf Englisch. General Edwards antwortete, indem er die Übergabe im Namen S. M. des Königs Georg 5. annahm. Lettow wurde den englischen Offizieren vorgestellt und stellte dann seine Offiziere vor, von denen Major Kraut und die Leutnants Kempner und Spangenberg zu nennen sind. Der frühere Gouverneur Schner war ebenfalls anwesend. Dann folgte der dramatischste Augenblick des Vorgangs, indem Lettow seinen Truppen befohl, ihre Waffen niederzulegen; nur die Europäer durften in Anerkennung ihrer glänzenden Tapferkeit ihre Waffen behalten. Die Askari legten ihre Waffen nieder und wurden dann truppweise in das Internierungslager geführt, das man in einer Meile Entfernung eingerichtet hatte. Die deutsche Streitmacht zählte insgesamt 155 Europäer, darunter 30 Offiziere, und 4277 Eingeborene. Starker Regen ging während eines Teils der Verhandlungen nieder, aber das störte keinen außer den Photographen. Es war ein höchst eindrucksvolles und denkwürdiges Schauspiel. Der lange, buntfarbige Zug, Europäer und Askari, alle Veteranen von hundert Kämpfen, die Askari mit jeder Art von Rüstung, Frauen, die durch alle die jahrelangen Mühsale ihren Männern gefolgt waren, mit schweren Bündeln, einige mit Kindern, die sie während des Feldzugs geboren, Träger, die singend und in offener Freude anlangten, daß nun die Strapazen zu Ende seien — alles vereinigte sich zu einem einzigartigen Bild. Es ist zu hoffen, daß internationale Kriege in Afrika nunmehr ein Ding der Vergangenheit sind, aber sollten sie jemals in Zukunft wieder entbrennen, so werden die Bedingungen ganz verschieden sein und eine so romantische Laufbahn, wie die von Lettow-Vorbeck und seiner Getreuen, unmöglich sein. Angeblich will dieser Soldat ein Buch über den Feldzug schreiben. Wenn er dies tut, wird er uns sicher eine interessante und spannende Lektüre bieten.“

Zur Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Nach einer Berliner Korrespondenz ist dem Berliner Freiwilligen-Regiment Reinhardt der Schutz der Nationalversammlung in Weimar übertragen worden. Zwei Bataillone werden bereits in den nächsten Tagen dorthin entsandt. Die Truppen sollen

den der Regierung für etwa notwendig werdende Maßnahmen zur Verfügung stehen.

Seitens des Reichswirtschaftsministers ist mitgeteilt worden, daß die gesamte wirtschaftliche Lage in Reich äußerst schlecht ist. Die schlimmsten Beschränkungen, die gehegt werden, haben sich leider erfüllt. Die Kohlenfrage ist dadurch akut geworden, daß die Arbeit jetzt noch in ganz anderem Umfange erforderlich ist, als vor dem 9. November. In der Reichshauptstadt und den anderen Großstädten wird sich der Kohlenmangel zuerst bemerkbar machen. Unsere ganze wirtschaftliche Zukunft hängt davon ab, was unsere Behörden zu erreichen vermögen. Es ist höchste Zeit, daß die Regierung in Deutschland einmal beginnt, ihren zahlreichen Ansprüchen und Neben-Laten folgen zu lassen.

Am Donnerstag werden die Vertreter der deutschen Freistaaten sich abermals mit dem Verfassungsausschuß Preussens befassen. Diese verbindliche Aussprache, die am Montag unterbrochen wurde, weil die Teilnehmer nach Weimar zur Ministerkonferenz reisten, dürfte eine ziemlich weitgehende Übereinstimmung aller Beteiligten über die wesentlichen Punkte des Entwurfs Preussens ergeben. Auch scheint sich eine Mittellinie gefunden zu haben für die vielfachen Änderungsanträge der Konferenzteilnehmer. Im großen ganzen, so schreiben die „Politisch-Parlamentarischen Nachrichten“, darf man annehmen, daß der Vorschlag Preussens bereits so in das durch die provisorische Verfassung konstituierte Staatenhaus gelangen wird, daß mit einer grundsätzlichen Zustimmung dieser Körperschaft zu dem umgestalteten Entwurf gerechnet werden kann. Nimmt das Staatenhaus den umgestalteten Entwurf Preussens an, so geht er umgehend an die Nationalversammlung, die in voller Souveränität über sein endgültiges Schicksal zu beschließen hat, d. h. das Staatenhaus hat also nur ein Mitbestimmungsrecht über die Fassung des bei der Nationalversammlung einzubringenden Entwurfs, nicht aber ein Mitbestimmungsrecht über seine endgültige Gestaltung. Diese Verhandlungen werden wahrscheinlich eine geraume Zeit in Anspruch nehmen.

Aus Portugal.

(*) Nach einer Lissaboner Meldung ist das neue portugiesische Kabinett wie folgt zusammengesetzt: Premierminister und gleichzeitig Unterrichtsminister: José Relva; Außenminister: Edgar Moniz; Krieg: General Alberto Salazar; Kolonien: Carlos Maya; Ackerbau und Nahrungsmittelversorgung: Georges Nunes; Justiz: Coucelo da Costa.

Der Waffenstillstand.

Die deutschen Kriegsgefangenen.

(tu.) Nach Meldungen aus Paris ordnet ein Erlass des Kriegsministers an, daß deutsche Kriegsgefangene vorläufig nicht in dem wieder aufzubauenden Gebiet beschäftigt werden sollen.

Die deutschen Handelschiffe.

Die Vertreter der deutschen Reedereien haben in Berlin mit der Reichsregierung beraten, um zu versuchen, daß die Ausführung des Waffenstillstandsabkommens über die Auslieferung der deutschen Handelschiffe geändert oder gemildert werde. Eine Abänderung der getroffenen Bestimmungen hat sich jedoch nicht erreichen lassen. Die Schiffe werden bis Mitte Februar abgeliefert werden, und zwar unter deutscher Besatzung. Ob diese indes ganz oder teilweise auf den Schiffen verbleiben wird, hängt von den Bestimmungen des Verandes ab, da dieser sich, wie bekannt, auch hierüber alles vorbehalten hat.

Das Schicksal der deutschen Kolonien.

Einige Pariser und Londoner Blätter beschäftigen sich mit den deutschen Kolonien. Der „Zeit Parisien“ wiederholt die vor einigen Tagen von anderer Seite geäußerte Meinung, daß die deutschen Kolonien im Stillen Ozean, für die es mehrere Bewerber gibt, neutral werden dürften. Das „Journal“ hebt hervor, wenn die Franzosen und Briten darüber einig seien, daß die deutschen Kolonien nicht zurückgegeben werden dürften, sondern als Entschädigung dienen sollten, so ten nach der in französischen amtlichen Kreisen herrschenden Ansicht die einzelnen deutschen Kolonien den anstehenden Mächten überwiesen werden, die sich für deren Verwaltung am besten eignen.

Die Kohlennot.

Der Reichskohlenkommissar, Geheimrat Stuy, hat einem Vertreter der „Berl. Ztg.“ den Stand der Angelegenheiten mitgeteilt.

...angehend geschätzt. Die gegenwärtige Förderung im Ruhrgebiet beträgt zwischen 9-10 000 Tonnen gegen 34 000 Tonnen im Frieden und 24 000 Tonnen während des Krieges. Angefordert wurden zum Abtransport 10.2100 Wagen, gestellt wurden 1000, die anderen 1100 fehlten. Im Januar 1918 verfügte das Ruhrkohlengebiet über eine Kohlenreserve von 3 Millionen Tonnen. Gegenwärtig ist überhaupt keine Reserve vorhanden. In Oberschlesien beträgt die tägliche Förderung 2000 Wagen gegen 14 000 im Frieden und 11 000 im Kriege. Auch hier ist die Wagenstellung nicht hinreichend. Die Reserven sind sehr gering. Sie betragen 28 000 Tonnen. Das Lausitzer und Hallsen Gebiet kommen nicht wesentlich in Frage. Die Eisenbahnen sind mit Kohlen sehr schlecht versorgt. Ebenso ungünstig ist die Versorgung der Elektrizitätswerke im ganzen Reich. Eine große Reihe von Ueberlandzentralen stehen still. Nicht viel besser ist es mit den Gasanstalten bestellt. Der Hausbrand ist noch leidlich. Die Elektrizitätswerke haben durchschnittlich noch für 13 Tage Kohlen.

Berlin. Angesichts des herrschenden Kohlenmangels und der ständig zurückgehenden Kohlenzufuhr ist, wie das 8-Uhr-Abendblatt erfährt, damit zu rechnen, daß Ende dieser oder Anfang nächster Woche die Lieferung von Starkstrom an die Industrie Berlin eingestellt werden muß.

...aber in einem ... das nicht der Fall gewesen sein, und man könne die Annahme der Resolution denn auch als ein großes Ereignis betrachten. Die Zukunft des Völkerbundes werde in weitgehendem Maße von der Zukunft Deutschlands, Rußlands und Polens abhängen; durch die Tätigkeit, die die Delegierten der fünf Großmächte in Paris bezüglich der mit diesen Ländern zusammenhängenden Fragen entfalten, würde der Völkerbund ebenso sehr gefördert wie durch die Beschlüsse der Konferenz. — Die „Daily News“ ist der Ansicht, daß noch nie zuvor ein für das Zusammenleben der Menschen so wichtiger Beschluß gefaßt worden sei. Er bedeute die Schaffung einer neuen Welt. — Die „Daily Mail“ schreibt, die Friedenskonferenz finde, daß die Schwierigkeiten kleiner werden, sobald man sich mit ihnen befaßt. Wenn die verschiedenen Kommissionen mit dem Vorschlag an die Arbeit herantreten, ihre Untersuchungen in zehn Tagen zu beenden, dann würden die tatsächlichen Beschlüsse der Konferenz nicht mehr fern sein.

Die Wenden.

Nach dem „Dressdner Anzeiger“ wollen die Oberlausitzer Wenden eigene Vertreter zum Friedenskongreß entsenden, die gegenwärtig in Spaawelen. Sie erwarten die Bestätigung der Wendenrepublik nimmehr durch den Kongreß.

Merke! Nachrichten.

Die Sozialisierung der Bergwerke.

In einer Konferenz zur Besprechung der Vorbereitung zur Sozialisierung der Bergwerke im Rheinisch-Westfälischen Industriegebiet für den Kohlenbezirk Niederrhein warnte der Reichskommissar Hue vor der wilden Sozialisierung. Die Sozialisierung sei eine Volksfrage, die nur von einer allgemeinen Volksvertretung auf gesetzlichem Wege durchgeführt werden könne. Dabei müsse man zunächst die Verhandlungen mit dem Verband abwarten. Die Räte sollten nicht die Leitung der Betriebe übernehmen, sondern sie seien nur zur Kontrolle da. Vor allem sei es die Pflicht der Räte, die Arbeiter darüber aufzuklären, daß die Sozialisierung nicht Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit bedeute, sondern daß sie vorübergehend sogar eine Verschlechterung der Arbeitslöhne bringen werde. Es sei notwendig, auf einen Abbau der Löhne hinzuwirken.

Revision der Konvoakte.

(b.) Brüsseler Blätter melden, daß Belgien im Einverständnis mit Frankreich und England eine Revision der Berliner Akte (Generalakte der Kongokonferenz vom 26. Februar 1885) fordern wird.

Kleine Meldungen.

Paris. Caillaux wird wahrscheinlich unter Beistand seines Verteidigers Moutet, zum erstenmal am Donnerstag von dem Präsidenten der Untersuchungskommission, Veres, vernommen werden.

London. Nach einer Mitteilung des Kriegsamtes werden täglich 30 000 Mann demobilisiert. Diese Ziffer wird demnächst auf täglich 40 000 gesteigert.

Amsterdam. Aus den Niederlanden kommt nachstehende zuverlässige Nachricht: Nachdem die holländische Regierung alle einschlägigen Fragen eingehend erwogen hat, will sie folgenden Vorschlag machen: Der frühere deutsche Kaiser soll lebenslanglich auf eine der kleinsten Inseln Holländisch-Indiens verbracht und unter ständiger Bewachung Hollands, Frankreichs und Englands bleiben. Der Kronprinz soll ein ähnliches Geschick haben, wie es seinem Vater zugefallen ist.

Locales und Provinzielles.

Schierstein, den 30. Januar 1919.

* Weniger Kartoffeln — mehr Fleiß.

Da der gegenwärtige Stand unserer Kartoffelvorräte möglichst sparsame Wirtschaft erfordert, ordnet der Staatssekretär des Reichsernährungsamtes zur Streckung der vorhandenen Bestände an, daß vom 3. Februar an die wöchentliche Kartoffelration von Versorgungsberechtigten in sämtlichen Kommunalverbänden auf fünf Pfund herabgesetzt wird. Von dem gleichen Zeitpunkt an erfolgt eine Streckung der täglichen Ration für Selbstversorger von 1 1/2 Pfund auf 1 Pfund. Die Reichskartoffelration ist angewiesen, näheres zu veranlassen. Um für die notwendig gewordene Einschränkung der Kartoffelration einen Ausgleich zu schaffen, soll vom 3. Februar an die Wochenkopfsmenge an Fleisch für Versorgungsberechtigte um je 100 Gramm erhöht werden, daß statt der bisherigen 100 Gramm in Gemeinden bis 50 000 Einwohnern 200, statt 150 Gramm in Gemeinden von 50 000 bis unter 100 000 Einwohnern 250 Gramm, statt 200 Gramm in Gemeinden von 100 000 und mehr Einwohnern 300 Gramm auf den Kopf wöchentlich unter Wegfall der Schwerstarbeiterzulagen, abgesehen von Zulagen für Bergarbeiter und Tage, die bestehen bleiben, gleichmäßig an alle Versorgungsberechtigten zur Ausgabe gelangen. Gleichzeitig ist die Selbstversorgern zustehende Wochenmenge von 400 Gramm wieder auf den früheren Satz von 500 Gramm erhöht.

* Teuerungszulage für die Hinterbliebenen von Militärpersonen. Vor kurzem erhielten die Militärrentenempfänger eine einmalige Teuerungszulage. Nunmehr soll auch den Hinterbliebenen von Militärpersonen der Unterklasse eine solche Teuerungszulage gewährt werden, indem ihnen beim Empfang der für Februar zuständigen gesetzlichen Versorgungsgebühren Zuschläge zur Kriegsversorgung, laufenden Zuwendungen und laufenden Unterhaltungen statt des einfachen Monatsbetrages der eineinhalbfache Monatsbetrag ausbezahlt wird. Zu den vorbezeichneten Hinterbliebenen zählen sämtliche Hinterbliebenen von Militärpersonen der Unterklasse, Witwen, Waisen, Eltern, Stiefeltern, Stiefeltern, uneheliche Kinder usw., denen auf Grund des Militärversorgungsgesetzes besondere Verwaltungsvorschriften ein laufender Bezug aus dem Militärfonds zufließt.

* Neue Maßnahmen des Reichsernährungsamtes auf dem Gebiet der Kartoffelversorgung. Noch immer werden Klagen laut, daß innerhalb einzelner Bezirke erhebliche Mengen Kartoffeln bisher nicht abgeerntet worden sind. Das Reichsernährungsamt hat daher die Kommunalverbände angewiesen, von den ihnen nach der Bundesratsverordnung über die Kartoffelversorgung vom 18. Juli 1918 zustehenden Zwangsmitteln nachdrücklich Gebrauch zu machen und die sofortige Aberntung der Kartoffelfelder anzuordnen. Dabei sind die Kommunalverbände ersucht, einen etwaigen Arbeitsmangel durch Einstellung von Arbeitskräften auf Kosten städtischer Landwirte zu beugegen. Zur Verstärkung der Speisekartoffellieferungen hat ferner der Staatssekretär des Reichsernährungsamtes einen nochmaligen Eingriff in die Brennkartoffeln um weitere 25 % angeordnet, sind hiernach, soweit nicht für einzelne Gebiete bereits weitergehende Beschränkungen zugelassen sind, die Landwirten nur so viel Kartoffeln zum Brennen belassen, als 22,5 % des allgemeinen 100 % igen Durchschnittsbedarfes entspricht. Eine weitere Einschränkung

Der Völkerbund.

Wie das Reutersche Büro meldet, schreibt der „Daily Telegraph“ über die Sitzung der Friedenskonferenz vom Samstag, man habe einen guten Anfang für eine Weltregelung gemacht. Man könne nicht stark genug die Ernsthaftigkeit der Arbeiten der Konferenz betonen, und es sei zu hoffen, daß jetzt, wo man einen Beginn gemacht habe, die Regelung rasch vorwärtsschreiten werde. — „Daily Chronicle“ schreibt, die Annahme der Resolution Wilsons habe schon von vornherein festgestan-

Rote Rosen.

Roman von H. Courths-Mahler.

Nachdruck verboten.

„Und dies Bewußtsein ist mehr wert als eine ständig aufwallende Leidenschaft, meine Josta. Ich denke, du hast gut gewählt und wirst an Rainers Seite ein ruhiges, sicheres Glück finden.“

Josta nickte nur, sprechen konnte sie nicht. Denn ihre junge Seele sehnte sich nach mehr, als nach einem ruhigen, sicheren Glück, wie es der Vater für sie im Auge hatte.

Als Josta am Abend dieses Tages sich auf ihre Zimmer zurückgezogen hatte, um zur Ruhe zu gehen, legte sie sich erst noch eine Weile an ihren Schreibtisch. Sie entnahm demselben ihr Tagebuch, das sie schon führte seit dem Tode ihrer Mutter. Sie hatte sich daran gewöhnt, diesem Buche alles anzuvertrauen, womit sie wohl sonst zu ihrer Mutter gekommen war, und es war ihr mehr und mehr Bedürfnis geworden, ihm Luz und Denken niederzuschreiben.

Sie blätterte in den beschriebenen Seiten und las da und da einige Worte. Und auf jeder Seite fand sie den Namen „Onkel Rainer“. So fest verwachsen war er mit ihrem innersten Sein schon immer gewesen, daß sein Name ihr stets aus der Feder floss. Alles, was sie mit ihm erlebte, war ihr von jeher wichtig gewesen.

Als sie die beschriebenen Seiten durchgeblättert hatte und die erste leere Seite vor sich sah, ergriff sie die Feder und schrieb:

„Am 4. Mai. — Ich bin Braut — Graf Rainer Ramberg's Braut. Und nun wird er mir niemals mehr Onkel Rainer sein. Was ich dabei empfinde? Ich sehe in mich hinein wie in ein Wesen, das ich heute erst kennen gelernt habe. Und ich erschreke vor mir selbst. Wo ist meine Herzensruhe geblieben? Heiße, fremde Wünsche sind in mir wach geworden, und wie ein Schleier ist es von meiner Seele fortgezogen worden. Ich liebe Rainer — ja,

ich liebe ihn, mit der Liebe, die das Weib in die Arme des Mannes treibt, mit unwiderstehlicher Gewalt. Ich erschreke selbst vor der Größe und Tiefe dieses Gefühls, das plötzlich mein ganzes Sein verwandelt hat, und das ich doch ängstlich verbergen muß. Warum? Weil Rainer mich nicht liebt, so, wie ich von ihm geliebt sein möchte, weil sein Herz einer anderen gehört, von der er sich, wohl einem grausamen Mißgeschick folgend, mit Schmerzen losgerissen hat. Ich hätte das, als ich ihm schon mein Wort gegeben hatte. Sonst — nein, sonst hätte ich es nicht getan. Oder doch? Ach, ich kenne mich nicht mehr. Wo ist mein Stolz? Ich kenne nur eine Angst, ihn zu verlieren für immer. Das ist härter als der Tod. Warum hat er mich erwählt? Weil ich ihm gerade im Wege stand, weil ich ihm so kostbar bin, und weil er wohl meint, daß ich nie lästig fallen werde mit einem heiseren Gefühl und nie mehr begehrte, als mir die andere übrig läßt. Und trotzdem ich das weiß, will ich seine Frau werden. Wo ist dein Stolz, Josta? Aber er soll es nie, niemals erfahren, wie es in meiner Seele aufsteht. Das schwöre ich mir zu. Kalt und ruhig will ich scheitern, wie heute bei seinem ersten Aufbruch, wenn ich nichts sein, als was er sucht, eine bequeme, sympathische Gattin, die nichts fragt, nichts fordert.

Was hätte er wohl getan, wenn ich ihn abgewiesen hätte? Wäre er gegangen und hätte um irgend eine andere gefreut? Das hätte ich nicht ertragen können — nein, nein — das nicht. Dies in einem Winkel meines Herzens lebt doch noch ein zarter Hoffnungskeim, daß sich mir sein Herz eines Tages in Liebe zuwenden könnte, in der Liebe, die ich ersehne, seit er heute um mich warb und mich sehend gemacht hat. Aber nein — sein Herz gehört ja der anderen. Wer mag sie sein? Wenn ich es doch wüßte, wenn ich sie sehen könnte, um herauszufinden, was ihm so lebenswert erscheint. Dürstete Josta, wenn du es auch wüßtest, was hätte es dir? Ein Mann, wie Rainer, kann doch nur einmal lieben. Er ist nicht flatterhaft und treulos. Warum er wohl mit ihr nicht glücklich werden durfte? Ach, das werde ich mich immer fragen müssen, und immer wird nun neben der Liebe in meinem Herzen die Eifersucht brennen auf jene Frau. Rainer —

Rainer — was hast du in mir gewedt heute? Soll ich dir sagen, daß ich mich dir als verrate, daß ich dich — ich liebe dich.“

Hier warf Josta die Feder fort und barg das Antlitz in den Händen. Ein Bittern lief über sie hin.

Der regierende Herzog Karl hatte mit seinem Minister, Erzengel von Waldow, verschiedene Sachen von Wichtigkeit besprochen und nicht ohne nun freudig zu sein.

„Ich danke Ihnen, Erzengel, und will Sie um nicht länger in Anspruch nehmen. Oder haben Sie mir noch etwas zu melden?“

Se. Erzengel verneigte sich.

„Würden mir Eure Königliche Hoheit noch einige Minuten in privater Angelegenheit Gehör schenken?“

„Aber gewiß, sehr gern, meine liebe Erzengel, nehmen Sie Platz und sprechen Sie.“

Der Minister richtete seine Augen groß und ernst in die seines hohen Herrn. Sein feines, kluges Diplomatengefühl rührte sich ein wenig.

„Eure Königliche Hoheit gestatten, mir die untertänigste Meldung, daß sich meine Tochter Josta — Eure Königliche Hoheit wissen, daß sie meine Adoptivtochter ist — mit dem Grafen Rainer verlobt hat.“

Der Herzog, eine schlaffe, fast hagere, bräunliche Erscheinung, fuhr überrascht auf.

„Doch nicht mit Graf Rainer Ramberg?“

„Doch, mit dem Majoratsheeren Grafen Rainer Ramberg, Königliche Hoheit,“ erwiderte der Minister. Das Gesicht des Herzogs bekam einen freudigen Ausdruck. Er streckte dem Minister seine Hand entgegen.

„Meine liebe Erzengel, das freut mich aufrichtig. Wahrlich, so sehr hat mich lange keine Nachricht erfreut. Das ist mir doch ein Reichen, daß Graf Rainer endlich überwunden hat, was ich einst über ihn und weils Schwester verhängen mußte.“

(Fortsetzung folgt)

war mit Rücksicht darauf, daß für industrielle Zwecke erhebliche Mengen Spiritus benötigt werden, nicht möglich. Für Trinkzwecke wird Spiritus bekanntlich überhaupt nicht freigegeben. Die Kommunalverbände haben die Anweisung erhalten, die durch den neuen Einheitspreis für Speisekarlöffel werdenden Mengen schnellstens für Speisekarlöffel in Anspruch zu nehmen und nur in dringenden Fällen, in denen andernfalls infolge des Fortfalls der Schlempe die Ernährung des Viehstapels und damit die Weiterführung der Wirtschaft in Frage gestellt wäre, Ausnahmen zuzulassen.

*** Sorgt für Arbeit!** Unsere Feldgrauen sind in die Heimat zurückgekehrt. Alles kommt jetzt darauf an, das wirtschaftliche Leben wieder in Gang zu bringen, in Stadt und Land Gelegenheit zu redlicher Arbeit zu schaffen, denn Arbeitslosigkeit bringt die Gefahr von Hungersnot und Ausschreitungen. Schon sind Staat und Gemeinde am Werk, für die fortfallenden Heeresaufträge durch Zuverfügungnahme größerer Arbeiten und Erteilung manigfaltiger Aufträge Gelegenheit zu Arbeit und Verdienst zu bieten. Damit geschieht aber nicht genug; auch für den Handwerker, der an diesen öffentlichen Arbeiten keinen Anteil gewinnt, muß gesorgt werden. Deswegen ergeht außer an die öffentlichen Körperschaften auch an jeden privaten Betrieb und Privathaushalt der Ruf: Denkt an die Handwerker, die aus dem Felde oder aus dem Hilfsdienst heimkehren und jetzt wieder Arbeit und Brot wollen und haben müssen. In jedem Betrieb und Haushalt werden Arbeiten und Anschaffungen vorzunehmen sein, die während des Krieges zurückgestellt waren, wird es Änderungen und Ausbesserungen geben, die schon längst hätten ausgeführt sein sollen. Jetzt ist die rechte Zeit sie in Auftrag zu geben. Damit für den einzelnen verbundene kleine Geldopfer müssen gebracht werden. Verlasse sich niemand darauf, daß vielleicht in einigen Wochen die Preise billiger sein werden. Bleiben unsere Handwerker und damit unsere Geschäftsleute ohne Verdienst, so können daraus Zustände entstehen, die der Gesamtheit und jedem einzelnen unendlich viel teurer zu stehen kommen.

*** Demokratisierung der preussischen Gemeindebehörden.** Das preussische Staatsministerium hat eine Verordnung erlassen, wonach sämtliche bisherigen Gemeindevertretungen aufgelöst werden. Neuwahlen sind zum 2. März anderwärts nach dem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht für Männer und Frauen nach dem Verhältniswahlsystem. Am 2. März verlieren die bisherigen Gemeindevertretungen jede rechtmäßige Befugnis. In Verfolg dieser Verordnung bestimmt eine Verfügung des Staatsministers des Innern, daß die Vornahme von Wahlen von Magistratsmitgliedern und Gemeindevorständen auf Grund des Dreiklassenwahlrechts untersagt ist. Dadurch wird zugleich mit der Gemeindevertretung auch die Demokratisierung der Gemeindeverwaltungen ins Werk gesetzt. Es ist folgende Verordnung mit Gesetzeskraft erlassen worden:

§ 1. Die Mitglieder der Gemeindevertretungen werden im allgemeinen, unmittelbaren und geheimen Wahlrecht nach den Grundätzen der Verhältniswahl gewählt. Jeder Wähler hat eine Stimme.

§ 2. Wahlberechtigt und wählbar sind alle im Besitze der deutschen Reichsangehörigkeit befindlichen Männer und Frauen, welche das 20. Lebensjahr vollendet haben, im Gemeindebezirk seit sechs Monaten ihren Wohnsitz haben und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind. Ob diese Voraussetzungen zutreffen, entscheidet sich für das aktive Wahlrecht nach dem Zeitpunkt der Auslegung der Wählerliste. Als Wohnsitz ist der Gemeindebezirk anzusehen, in dem jemand eine Wohnung unter Umständen inne hat, die auf die Absicht der dauernden Verbleibung schließen lassen.

§ 3. Von der Ausübung des Wahlrechts ausgeschlossen ist: 1. Wer entmündigt ist oder unter vorläufiger Vormundschaft steht, 2. wer infolge eines rechtskräftigen Urteils der bürgerlichen Ehrenrechte ermangelt.

§ 4. Aufgehoben werden Vorschriften, wonach das Wahlrecht in anderen Fällen als denen des § 2 ruht, Forenien und juristischen Personen ein Wahlrecht zusteht, die Ausübung des Bürgerrechts von der Zahlung eines Bürgerrechtsgeldes abhängig gemacht wird, ein bestimmter Prozentsatz der Gemeindevertretung aus Grundstückseigentümern, Nießbrauchern usw. bestehen muß (sowie Hausbesitzerprivileg) bestimmte Beamtengruppen von der Wahl zum Gemeindevorstand oder zur Gemeindevertretung ausgeschlossen sind, neben den Gewählten auch nicht gewählte Personen Gemeinde (Bürgermeister-) Vertretung als Mitglied hinzutreten.

§ 5. Die Gemeindevertretung besteht aus mindestens sechs und höchstens 144 Mitgliedern.

§ 6. Die gegenwärtigen Gemeindevertretungen werden aufgelöst. Die Neuwahlen haben an einem Sonntag bis spätestens 2. März 1919 zu erfolgen. Die Mitglieder der Gemeindevertretungen bleiben bis zur erfolgten Neuwahl in ihren Ämtern.

§ 7. Für die Vornahme der auf Grund dieser Verordnung erstmalig stattfindenden Wahlen ist die Wahlverordnung für die verfassungsgeschichte preussische Landesversammlung mit der Maßnahme anzuwenden, daß an Stelle des Wahlkommissars, der in den Gemeindeordnungen festgesetzte Wahlvorstand bzw. die Wahlkommission tritt.

Bei der erstmaligen Wahl sind die Wählerlisten zur preussischen Landesversammlung anzuwenden. Die besonderen Bestimmungen des § 2 dieser Verordnung über Dauer und Begriff des Wohnsitzes gelten für die erstmalige Wahl nicht. Für die weiteren Wahlen wird das Wahlverfahren auf der Grundlage der gegenwärtigen Verordnung durch eine besondere Wahlverordnung geregelt, welche das Ministerium des Innern erläßt. Bei der erstmaligen Wahl werden besondere Bezirke nicht gebildet. Für die weiteren Wahlen können durch Ortsstatut besondere Bezirke geschaffen werden.

*** Entlassung von Freiwilligen.** Nach einer Verfügung des Kriegsministeriums vom 15. Januar dürfen Freiwillige der zurückzubehaltenden Jahrgänge, wenn es die Demobilisationsrückstellungen gestatten, allgemein entlassen werden, sobald sie bei tageweiser Anrechnung der Kriegsdienstzeit 3 1/2 Jahre aktiven Dienst nach der bezüglichen Bestimmung des Demobilisationsplanes geleistet haben.

*** Anmeldung zur Gendarmerie.** Die zur Verwendung in der preussischen Landgendarmerie vorgeplanten und bereits vorgeprüften Unteroffiziere, die ihre baldige Verwendung wünschen, haben die Schleunigst durch Vermittlung ihres jetzigen Truppenteils der Gendarmeriebrigade zu melden, bei der sie vorgemerkt sind. Ausnahmsweise können neue Vorschläge von Unteroffizieren bereits zum 1. Februar der zuständigen Gendarmeriebrigade eingereicht werden. Die bereits zum 1. November 1918 namhaft gemachten aber noch nicht vorgeprüften Unteroffiziere haben zum 1. Februar schriftlich der zuständigen Brigade durch Vermittlung ihres Truppenteils zu melden, ob sie noch ihre Vorprüfung wünschen.

*** Angestelltenversicherung.** Man schreibt: Man begreift vielfach der Auffassung, daß die Beiträge zur Angestelltenversicherung nun nicht mehr zu zahlen seien, ferner, daß die Ueberweisung derselben eben nicht möglich und dergleichen mehr. Demgegenüber sei festgestellt, daß die Verpflichtung zur Zahlung der Beiträge unberührt weiter besteht, auch die Postanstalten die betreffenden Zahlungen weiterleiten. Die Beiträge auf Heilversichern haben im vergangenen Jahre die weitaus höchste Zahl erreicht (bis Ende Oktober 29 167), auch fanden die seit Anfang 1918 durch den Ortsausschuß eingereichten Beiträge auf: Hinterbliebenenrenten, Ruhegeld wegen Berufsunfähigkeit, Altersruhegeld und Abfindung sächliche Erledigung.

*** Jahrgang 1899 einschließlich der Einkstreinkinder** muß vorläufig im Heere verbleiben.

*** Beschlagnahme der Seide aufgehoben.** Seit dem 22. Januar 1919 gilt, nach einer Verordnung des Reichsamts für die wirtschaftliche Demobilisation, die Beschlagnahme vom 31. Januar 1917 betreffend Beschlagnahme und Bestandserhebung von rohen Seiden und Seidenabfällen aller Art als außer Kraft gesetzt.

*** Das Reisezeugnis für Kriegsteilnehmer.** Das preussische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat auf die Anfrage eines Studentrates nach der Verfügung, wodurch den Kriegsteilnehmern, die bis Ostern 1916 die reguläre Fortsetzung nach Unterprima erlangt haben und bis zum Schluß des Krieges im Heeresdienst standen bzw. als Kriegsbeschädigte entlassen wurden, das Reisezeugnis ohne Ablegung einer Prüfung ausgedehnt werden soll, folgendes geantwortet: „Der Erlaß bezüglich der Zuerkennung des Reisezeugnisses ohne Prüfung findet noch keine Anwendung, da die Bundesstaaten noch nicht zugestimmt haben.“ Eine endgültige Entscheidung in dieser Angelegenheit, die durch die Antwort des Kultusministeriums keineswegs geklärt ist, ist dringend zu wünschen, damit die betreffenden jungen Leute endlich wissen, woran sie sind und danach ihr Studium einrichten können.

*** Gegen unerlaubte Schlachtungen.** Die geheimen und verbotenen Schlachtungen nehmen in der letzten Zeit derart zu, daß nicht nur die Fleischversorgung, sondern auch die Milch- und Fettversorgung der Bevölkerung in außerordentlicher Weise gefährdet wird. Es wird deshalb dringend davor gewarnt, unerlaubte Schlachtungen vorzunehmen oder zu begünstigen, namentlich durch den Verkauf von Vieh. Die Vorschriften über die Nationalisierung des Fleisches, sowie des Verbots jeder nicht genehmigten gewerblichen oder Hauschlachtung ist nach wie vor in Kraft. Gegen die Urheber verbotener Schlachtungen wird künftig streng vorgegangen werden. Insbesondere haben Gewerbebetriebe, die sich Verstöße gegen die Vorschriften über den Verkehr mit Vieh oder Fleisch zuschulden kommen lassen, Schließung zu erwarten.

*** Einarmige im Eisenbahnsignaldienst.** Oberbahninspektor Blum in Oberbach hat eine Konstruktion geschaffen, um auch Einarmige im Eisenbahnsignaldienst, und zwar speziell in der sogenannten Blockbedienung auf großen Stellwerken gut verwenden zu können. Diese Hilfseinrichtung dürfte den Kriegsbeschädigten wohl bald zunutzen kommen, da sie bei der Eisenbahnverwaltung bereits günstige Aufnahme gefunden hat.

*** Gegen die Arbeitsunwilligen.** Endlich hat sich die Reichsleitung dazu aufgetan, gegenüber den Auswüchsen in der Arbeitslosenfrage energische Maßnahmen zu ergreifen. Die Erwerbslosenfürsorge-Verordnung vom 13. November 1918 ist dahin abgeändert worden, daß alle Personen, die während des Krieges zur Aufnahme von Arbeit in einen anderen Ort gezogen sind, von diesem Ort nicht länger als vier Wochen Unterstützung erhalten dürfen, auch wenn ihnen eine geeignete Arbeit nicht hat nachgewiesen werden können. Die gleiche Beschränkung gilt auch für die vorläufige vorübergehende Unterstützung von Kriegsteilnehmern (bisher war die Unterstützungsbauer nicht begrenzt worden). Die Unterstützung wird weiter gewährt, wenn sich die Rückkehr in den früheren Wohnort als tatsächlich unmöglich erweist. Ferner sind die Gemeinden und Gemeindeverbände verpflichtet, die Unterstützung zu verweigern oder zu entziehen, wenn der Erwerbslose sich weigert, eine nachgewiesene Arbeit anzunehmen. Die Entziehung der Erwerbslosen-Unterstützung darf nicht vor Ablauf von zwei Wochen nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung erfolgen. Diese Aktion, die kräftig weiter ausgeführt

werden muß, ist aufs Eifrigste zu betreiben; denn nur so ist es möglich, unseren leidenden Wirtschaftskörper vor gänzlicher Vernichtung zu bewahren.

*** Zinsscheine als Zahlungsmittel.** In der Verwendung von Zinsscheinen als Zahlungsmittel tauchen immer wieder Unklarheiten auf. Es sind zurzeit nur die am 1. Januar 1919 fälligen Zinsscheine der 5 und 10 Prozentigen Kriegsanleihen zur Erleichterung des Bargeldverkehrs als Zahlungsmittel erklärt. Diese Zinsscheine müssen zum vollen Werte im öffentlichen Verkehr angenommen und können ebensowenig wie ein Darlehnszinschein zurückgewiesen werden. Die Umlaufzeit erlischt mit dem 1. Februar 1919. Von diesem Tag an ist nur noch die Reichsbank bis zu dem aufgedruckten Zeitpunkt der Ungültigkeitserklärung zur Einlösung verpflichtet. Die vielfach vorkommende Abtrennung der Zinsscheine vor dem Fälligkeitstage ist zwar nicht strafbar, wohl aber zweifellos, da keinerlei Annahmepflicht besteht.

*** Postverkehr nach dem besetzten Gebiet.** Wie die deutsche Postzustandskommission mitteilt, sind folgende Erleichterungen für den Postverkehr aus dem unbesetzten Deutschland nach den besetzten Gebieten eingeleitet: a) Nach der amerikanischen Besatzungszone sind gestattet außer Briefen an Kriegsgefangene verschlossene Briefe in dringenden, persönlichen und in allen Geschäfts-, Geld- und Verwaltungsangelegenheiten, Geld- und Verwaltungsangelegenheiten, Zeitungen, Postanweisungen, Drucksachen, Wertbriefe. Die amerikanische Besatzungszone umfaßt den Oberpostdirektionsbezirk Trier, ausgenommen die Orte Merzig, Birkenfeld, Oberstein und die Gebiete südlich dieser Orte, den linksrheinischen, nördlichen Teil des Oberpostdirektionsbezirks Koblenz bis zur Linie Boppard-Simmern-Wachenbeuren einschließlich, ferner das Brückenloppgebiet von Koblenz, ausgenommen den Kreis St. Goarshausen und den Unterlahnkreis; b) Nach der französischen Besatzungszone, ausgenommen Elsaß-Lothringen, sind Pakete mit Lebensmitteln ohne andere Zuhalt und ohne briefliche Mitteilungen zugelassen. Pakete mit anderem Inhalt als Lebensmitteln und mit brieflichen Mitteilungen werden scheinbar beschlagnahmt. Die französische Zone umfaßt alle besetzten deutschen Gebiete südlich der amerikanischen Zone, also insbesondere die südlichen Teile der Oberpostdirektionsbezirke Trier, Koblenz, linksrheinisch und Rheinhessen, ferner das Brückenloppgebiet von Mainz und vom Brückenloppgebiet Koblenz die Kreise St. Goarshausen und Unterlahnkreis. Ueber die in Betracht kommenden Postorte der Brückenloppgebiete geben die Postanstalten auf Verlangen Auskunft.

Aus dem besetzten Gebiet.

Mainz, 29. Jan. (Dom Wein.) Das bisher pflügend lahm gelegte Weingeschäft fängt an, sich wieder langsam zu heben. Für die Weinbelebung kommen mancherlei Umstände in Betracht. Von besonderer Bedeutung ist hierin die von der französischen Militärbehörde in nächste Aussicht gestellte Aufhebung des Ausfuhrverbotes nach dem rechten Rheinufer. Die Händler, die bisher namentlich mit den neuen Weinen (1918er) sehr zurückhaltend, wegen der wiederholten Kaufabschlüsse, als neuer Käufer ist jetzt auch bereits da und dort die französische Befragung aufgetreten. Die nachfolgende Folge dieser wieder etwas belebteren Nachfrage war ein sofortiges Anziehen der sehr gesunkenen Preise. In Schwabenheim zahlen die Franzosen für mehrere gekaufte Stüd 1918er den bisher selten gebotenen Preis von 3500 Mark pro Stüd Wein. In Ober-Ingelheim wurden durch die dortige Winzergenossenschaft 12 Stüd zu je 3000 Mark verkauft. Vor 2-3 Wochen sind für solche Weine kaum mehr als 2400-2800 Mark geboten worden. Als Käufer kommen zurzeit hauptsächlich die Weinwirte in Betracht, die jetzt wieder massenhaft die geschlossenen Betriebe eröffnen und bei mäßigem Gewinnausschlag verkaufen, einen starken Zuspruch haben. Der Großhandel verhält sich noch mehr abwartend, obwohl auch hier eine Wendung zum Besseren unverkennbar ist. Der 1918er entwickelt sich sichtlich als ein besserer, als man im Herbst erhoffen konnte.

Düsseldorf, 29. Jan. (Lebensmittel-Versorgung des Rheinlandes.) Staatssekretär Erzberger hat auf die Dringung der Arbeitgeberverbände der rheinischen Eisen- und Stahlindustrie geantwortet: „Einführung von Lebensmitteln erfolgt, sobald Deutschland Handelsverträge zur Verfügung gestellt hat. 450 000 Tonnen Handelsverträge sind vorgelegt der Entente zur Verfügung gestellt worden. Gehe mit Ihnen einig, daß baldige Lebensmittelversorgung die Ordnung in den Industriegebieten herbeiführen wird. Um Lebensmittel zu erhalten, ist aber Arbeit notwendig, da die Entente keine Kredite gewährt und die deutschen Guthaben nahezu erschöpft sind. Bitte dringend, den Arbeitern zu sagen, daß Brot und Fett reichlich vorhanden und zur Verfügung gestellt werden. Sobald sie weiter arbeiten.“

Kleine Chronik.

Schnuggel mit deutschen Banknoten. Vor einigen Tagen wurde in Berlin eine Reisegesellschaft verhaftet, die von Rastow nach Berlin gekommen war und bei der man ungefähr eine Million Mark beschlagnahmte. Auch an anderen Stellen wurden Reisende angehalten, die deutsche Banknoten über die Grenze zu bringen versuchten. So in Genua mehrere Personen, bei denen man über eine Million Mark in den Kleibern eingetauscht fand, und in Kreuzlingen an der Schweizer Grenze drei Personen, denen man 275 000 Mark Papiergeld wieder abnehmen konnte. Eine Zentrale dieses Handels bildet nach den Ermittlungen der Berliner Kriminalpolizei das alte Scheunenviertel. In der Grenadierstraße und Umgebung sind Tausende gallischer Händler, die als Spezialität den Anlauf von deutschen Banknoten betreiben. Sie zahlen für den Tausendmarktschein 1200 Mark, für den Hundertmarktschein 120 Mark; die Hintermänner dieser Ankäufer sitzen im Auslande. Sie lösen die Noten bei den Banken, die sich leider zu diesem Treiben hergeben, um ihre 6 Prozent zu verdienen, ein. Die eigentliche Gefahr für das Reich besteht darin, daß die ausgeführten Banknoten im Ausland gesammelt und zuletzt der Reichsbank präsentiert werden. Diese muß dann den Goldschaff absetzen.

Eisenbahner-Forderung. Eine in Mannheim abgehaltene Eisenbahner-Versammlung, an der 500 Personen aus Baden teilnahmen, verlangt in einer Entschließung eine weitere Erhöhung der Eisenbahner-Löhne. Der Regierung wird eine Frist bis zum 31. Januar gesetzt. Bei Ablehnung der Forderung soll mit allen Mitteln versucht werden, diese durchzusetzen. Eine zweite Entschließung befaßt sich mit der Schaffung von Reichseisenbahnen.

Aus Eifersucht. Die 29 Jahre alte Ehefrau des Betonmeisters Bölling in Dortmund wurde mit durchschnittenem Hals in ihrer Wohnung aufgefunden. Unter dem Verdacht, den Mord ausgeführt zu haben, wurde die Schwägerin verhaftet, die ein Geständnis abgelegt hat. Der Tat liegt Eifersucht zugrunde.

Zum Gedächtnis Liebknechts und Rosa Luxemburg veranstalteten in Bochum die Spartakisten einen Umzug mit Musik, an dem sich etwa 500 Personen beteiligten. Im Zuge wurden Schilde getragen mit Aufschriften wie: „Nieder mit der Militärdiktatur“, „Heraus mit der Leiche Rosa Luxemburg!“, „Ein Fluch den Mordern!“, „Wo bleibt Ledebour?“, „Tutet euch!“, u. s. w. Während des Umzugs rehte die rote Fahne auf dem Rathause auf Halbmaße.

Streik. Die Verlagsfirma der Zeche „Sachsen“ bei Hamm i. B. trat in den Ausstand wegen der Wahl von Arbeiter-Räten.

Spartakus in Wilhelmshaven. Das Feuergefecht in der Nacht zum Dienstag, bei dem auf beiden Seiten Maschinengewehre und Artillerie in Tätigkeit traten, währte von abends 10 Uhr bis 2 Uhr nachts. Bei dem Landesdirektorium des Freistaates Oldenburg lief im Laufe des Vormittags die Meldung ein, daß die Spartakisten nach Kampf überwältigt worden seien. Diese Nachricht schien sich indessen nicht zu bestätigen. Von anderer Seite wurde mitgeteilt, daß am Dienstag Morgen die Kämpfe erneut ausbrachen. Die Stellung der Spartakisten hat sich dadurch verstärkt, daß sie großen Zugang von den Bergarbeitern bekommen haben. Wie verlautet, sind bei den Kämpfen 25 Tote zu verzeichnen gewesen. Die Fernsprecheinrichtungen mit Wilhelmshaven sind zerstört worden, der Bahnverkehr stockt. Aus diesen Gründen ist es bis jetzt vollkommen unmöglich, ein genaues Bild über die Lage in Wilhelmshaven und Varel zu erhalten.

Luftdienst. Einer Meldung aus Brüssel zufolge besteht seit dem 20. Januar zwischen Brüssel und der Rheinprovinz ein täglicher Luftschiff-Postdienst, der von der Fliegerabteilung der 6. französischen Armee eingerichtet worden ist.

Der Jarenmord. Graf A. Tolstoi gibt eine genaue Schilderung von der Ermordung des Jaren. Der Sowjet von Jelenburg verurteilte die ganze Jarenfamilie zum Tode, und das Urteil wurde darauf in brutalster Weise in dem Keller des Hauses, das ihr als Aufenthaltsort diente, vollzogen. Dann warf man die Leichen in einen Bergwerksgraben.

Soziales.

Weibliche soziale Vernunftigkeit. Die Wiederaufrichtung und Erhaltung unserer durch den Krieg so schwer geschädigten Volkswirtschaft macht die Erhaltung und den weiteren Ausbau aller der sozialen Schutz- und Fürsorgeeinrichtungen nötig, die in den letzten Jahren als verheißungsvolle Ansätze einer zeitgemäßen Wohlfahrtspflege ins Leben getreten sind. In der Säuglings-, Schul- und Jugendpflege, in der Arbeiterinnenfürsorge und Wohnungspflege, in der Berufsberatung und Arbeitsvermittlung, sowie in allen anderen Zweigen der sozialen Fürsorge muß intensiver und umfassender gearbeitet werden, wenn unser Volk sich den hohen sittlichen und wirtschaftlichen Anforderungen gewachsen zeigen soll, vor die es sich in den kommenden Jahren gestellt sehen wird. Vernünftig vorgebildete Sozialbeamtinnen, die in behörlicher oder privater Ausübung die großen volkspflegerischen und erzieherischen Aufgaben übernehmen können, sind deshalb ein Bedürfnis der Zeit. Auch für die ehrenamtliche soziale und caritative Hilfsarbeit werden sachlich ausgebildete Kräfte mehr und mehr erforderlich. Für das Frauengeschlecht, das im neuen Deutschland als Vollbürgerinnen sich mit doppelt starkem Verantwortungsbewußtsein für alle volklichen Aufgaben einzusetzen bereit ist, liegt hier ein Feld fruchtbarer, ihm vorweghaltener Arbeitsmöglichkeiten.

Bermischtes.

Woher kommt das Wort „Ditsch“? Ja, woher kommt das Wort, das uns jetzt alle paar Tage im politischen Teil der Zeitungen leider aufgesetzt wird. Ist es überhaupt ein deutsches Wort? Es klingt fast ein bißchen tschechisch oder polnisch, nicht wahr? Aber in Wirklichkeit ist es gut „Schwager-Ditsch“. Es entstammt der Jüdischen Mundart und wurde zum ersten Male auf die Jüdischen Unruhen vom Jahre 1899 angewandt. Seit der Zeit — es kann also jetzt seinen 80. Geburtstag feiern — bezeichnet das knappe Wortlein jeden ploßlichen und unerwarteten Umsturzverfuch.

Die gekränkten Regier. Die Regier sind tief gekränkt und protestieren, wie der „Courrière Colonial“ meldet, gegen das Wort „Negro“, weil man es nie mit einem großen Anfangsbuchstaben, sondern immer nur mit einem kleinen „n“ schreibt. Die Regier reklamieren das Recht auf das große „N“. Ueberdies wollen sie von dem Ausdruck Nigger an sich nichts mehr wissen; die afrikanischen Regier wollen einfach Afrikaner, die in Amerika lebenden Regier Afro-Amerikaner genannt werden.

Englische Wetten. Die Leidenschaft der Engländer, über alles Mögliche und Unmögliche Wetten abzuschließen, ist bekannt. Einige originelle Beispiele solcher Wetten seien hier angeführt: Ein englischer Bankier namens Bulliot war überzeugt, daß es sieben Wochen hindurch täglich regnen würde, wenn es am St. Valentinstag regnete. Er bot sich daher, mit jedermann, der sich melden würde, um einen beliebigen Betrag zu wetten. Da es natürlich auch Leute gab, die das Gegenteil behaupteten, zeigte sich schließlich, daß Bulliot's Wetten sich auf weit mehr bezogen, als sein Vermögen betrug. Anfangs glaubte man jedoch, daß er gewinnen würde, da

es 27 Tage ununterbrochen regnete, als es aber am 28. Tage nicht regnete, war der Bankier ruiniert. — Ein Lord ging eines Tages eine Wette ein: er werde sich an die Londoner Brücke stellen und einen ganzen Tag hindurch den Vorübergehenden Goldstücke zum Preise von einem Penny anbieten in der Überzeugung, daß er keine Kunden finden würde. Er verlor indessen seine Wette, da ihm ein Kinder mädchen ein Goldstück abkaufte, um damit das schreiende Kind, das sie spazieren führte, zu beruhigen. (A. S.)

Ueber die Giftigkeit von Tarn- und Alagien werden in der Deutschen Landwirtschaftlichen Presse von Direktor Lau einige nähere Mitteilungen gemacht. Daß die Blätter des Tarns giftig sind, hat das österreichische Heer in Italien zu seinem Schaden erfahren müssen, da ihm eine Anzahl Pferde nach dem Genuß der in diesem Lande so häufigen Pflanze eingegangen ist. Das Gift der Eibe ist ein Alkaloid, das „Tarin“ genannt worden ist. Besonders giftig wirkt es auf Säugtiere; so ist eine Infusion von 0,117 Gr. für Hunde in 1/2 Stunden, von 0,026 Gr. für Katzen und von 0,02 Gr. für Kaninchen tödlich. Es kommt im Holze, in der Rinde, in den Blättern und in den Samen der Eibe vor; dagegen enthalten der schön rotgefärbte Klee der Samen und die jungen Blätter kein Tarin. Auch das Holz scheint weniger giftig zu sein, was schon daraus hervorgeht, daß es vielfach, namentlich in den Bärenäen, zu Trinkgefäßen verwendet wird. Das Rindvieh scheint für das Tarin weniger empfindlich zu sein; in manchen Gegenden von Tirol gewöhnen die Bauern das Vieh geradezu an Tarn. Im Kanton Bern hat der häufig vorkommende Tarn viel von Rindvieh und Ziegenfraß zu leiden und nimmt ganz den Habitus des „Weißen Tarns“ (Verbiscia) an. Merkwürdigerweise scheint auch das Katzenkraut oder vielmehr die Rinde nur für Pferde eine giftige Wirkung auszuüben, während Schafe und Ziegen das Laub sehr gern annehmen. An Schafen, die mit dem Laub und den noch nicht verholzten Zweigen der Alage gefüttert wurden, ist keinerlei nachteilige Wirkung bemerkt worden.

Glosse.

8 + 5 + 3 = 16.

Der achtstündige Arbeitstag ging durch die Stadt und suchte, wen er verschlänge. Er fand niemand. Alle hatten sich gefügt. Da kam schon der fünfstündige dahinterher. In der Ferne tauchte der dreistündige auf. „Meine Herren“, rief er, „ich bin ein Straßenjunge, schauen Sie sich doch das Häuschen drüben am Sendlingertorplatz an!“

Es war eine der dreihundertachtzig häßlichen Bedürfnisanstalten. „Geöffnet von 8 Uhr morgens bis 12 Uhr nachts“, stand an der Tür.

Die drei polterten an die Tür: „Den Teufel auch, das sind ja sechs, wie können Sie sich unterziehen?“ „Mit oder ohne Waschelegenheit?“ fragte die Frau mechanisch, „fünf oder zehn?“

„Zehn war einmal, fünf ist unterwegs und drei wird sein.“

„Genga S“ zu, auf drei Pfennig kann man ja net rausgehen bei dem bißel Kupfer —

„Wir meinen die Arbeitszeit. Sie arbeiten sechs, zehn Stunden!“

„Genga S“ zu, I arbeit überhaupt net —

„Gleichwohl, Sie halten den Betrieb geöffnet und verstoßen gegen den Geist der neuen Zeit —“

„Mit oder ohne Waschelegenheit, bitte?“

„Wenn Sie Ihren Betrieb länger als die allein menschenwürdigen —“

„Fünf oder zehn Pfennig, bitte?“

„Also zum Beispiel von acht Uhr früh bis höchstens ein Uhr nachmittags —“

„So?“ sagte die Frau und wurde giftig, „so? und wenn zum Beispiel einer noch nach ein Uhr —?“

„Gibts nicht. Hat sich einzurichten — übrigens für fünf, bitte.“

„Beleibt.“

„Dann für zehn — ein bißchen rasch!“

„Geht nicht — gerade hat es eins geschlagen.“

„Im, heute könnten wir es noch mit den alten Magistratsverfügungen.“

„Da sind sie angeschlagen: Paragraph 8. Wer sich ungeziemend verhält —“

„Gott, das bißchen Türgepolter —“

„wird vom ferneren Besuch der häßlichen Bedürfnisanstalten ausgeschlossen.“

„Hol Sie der und jener!“

Der Achtstündige, der Fünftündige und der Dreistündige liefen zum Kartplatz: „Gute Frau —“

„Gerade hat mir meine Kollegin telefoniert: Sie sind die drei Herren, die —“

„Allerdings, aber ausnahmsweise —“

„Ausgeschlossen! Laut Paragraph 6 —“

Die Dreie sind gesehen worden, wie sie mit wackelnder Gleichgültigkeit weitere Plätze ergebnislos besuchten.

Dies ist die alleinige und wahrhaftige Ursache dafür, warum sie bei einigen Leuten in schlechten Geruch gekommen sind.

Fritz Müller (in der W. W. Ztg.)

Ämtliche Bekanntmachungen.

Betr. Ausgabe von Kindergerstenmehl.

Die Ausgabe von Kindergerstenmehl für Kinder und Kranke findet Freitag, den 31. Januar 1919 auf Zimmer 4 des Rathauses von 9—10 Uhr vorm. statt. Ein Pfund Kindergerstenmehl kostet 80 Pfg. Die Beträge sind abgezählt mitzubringen und die festgesetzte Zeit ist genau einzuhalten.

Betr. Verteilung der Liebesgabenpende.

Die Kommission zur Verteilung der Liebesgabenpende hat einen Teil desselben zur Verteilung an bedürftige Kranke, Kriegsteilnehmer, Kriegsbeschädigte und Hinterbliebenen von gefallenem Kriegerern bereitgestellt.

Anträge um Zuweisung sind schriftlich unter kurzer Begründung vorzulegen mit Aufschrift: Liebesgabenpende auf Zimmer 1 im Rathaus bis längstens Samstag den 11. Februar 1919.

Die Kommission.

Als gefunden ist gemeldet:

Ein Portemonnaie mit Inhalt.

Näheres auf Zimmer 1 des Rathauses.

Als entlaufen ist gemeldet:

Ein Fohhund.

Abzugeben auf Zimmer 1 des Rathauses.

Schierlein, den 30. Januar 1919.

Der Bürgermeister: Schmidt

Bekanntmachung

über den Verkauf und die Höchstpreise von Pferdefleisch.

Auf Grund der Verordnung des Bundesrats zur Ergänzung der Bekanntmachung über die Errichtung von Preisprüfstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September 1915 (R. G. Bl. S. 607), vom 4. November 1915 (R. G. Bl. S. 728), der Bekanntmachung über Kriegsmassnahmen zur Sicherung der Volksernährung vom 22. Mai 1916 (R. G. Bl. S. 401) und der Bekanntmachung über Pferdefleisch vom 13. Dezember 1916 (R. G. Bl. S. 1357) nebst den dazu erlassenen Ausführungsanweisungen wird für den Umfang des Regierungsbezirks Wiesbaden folgendes verordnet:

I.

§ 1 unserer Bekanntmachung über den Verkauf und die Höchstpreise von Pferdefleisch vom 9. Dezember 1916 — B. V. 4665 — wird aufgehoben. Die Kleinhandels-Höchstpreise der Bekanntmachung des Stellvertreters des Reichskanzlers über Pferdefleisch vom 13. Dezember 1916 — R. G. Bl. S. 1457 — werden wieder in Kraft gesetzt.

Hiernach dürfen die Preise für Pferdefleisch im Kleinhandel bei der Abgabe an den Verbraucher folgende Beträge nicht übersteigen:

- | | |
|--|---------|
| für 1 Pfund Lendenbratfleisch, Leber, Frischwurst (aus Innereien) oder Zell | M. 1.80 |
| für 1 Pfund Muskelfleisch, ausgenommen Lendenbratfleisch, ohne Knochen | M. 1.60 |
| für 1 Pfund Herz und Eingeweide, Kopffleisch und andere geringere Sorten Fleisch ausgenommen Leber | M. 1.40 |
| für 1 Pfund Knochen | M. 0.30 |

II.

Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Bezirksfleischstelle

für den Regierungsbezirk Wiesbaden.

Wird hiemit veröffentlicht.

Wiesbaden, den 13. Januar 1919.

Der Landrat.

J. B. Schmitt.

Wir machen darauf aufmerksam, daß die Arbeiten für Einsetzen von durchgebrannten Hausanschlusrichtungen zu Lasten der Stromabnehmer gehen.

Rheingau Elektrizitätswerke A.-G.
Elville a. Rhein.

Holzschuhe.

Buchen, garantiert fehlerfrei, hohe Form, in den gängbarsten Männer- und Frauengrößen 1,90 Mark pro Paar. Höchstverkaufspreis 7,35 Mark pro Paar. Musterbestellung (große Bestellmenge), sortiert in den gängbarsten Größen Herren- und Frauenschuhen, zu 75.— Mark franko nur gegen vorherige Einzahlung des Betrags. Bei Nichtgefallen garantieren wir bereitwillige Zurücknahme und Rückzahlung des Betrags. Um genaue Adresse und für Bestellmengen Angabe der Größensystem wird gebeten. Garantie für gute Anfertigung und Verstand gestattet.

Holzschuh-Fabrik Mimbach,
(Rheinpfalz).

Ein
Fülllofen
zu kaufen gesucht.
Näh. in der Geschäftsstelle.

Wein-Etiketts
in feinsten Ausführung nach vorliegendem Musterbuch liefert
Druckerei W. Probst

Haus
mit Scheune und Stallung zu kaufen gesucht.
Offerte mit Preisangabe unter Nr. 888 an die Geschäftsstelle.
Fleißiger ordentlich.
Verkäufer
für Ferkel gesucht.
Adressen sowie Angaben von Alter, bisherige Tätigkeit und Gebaltsanp. unter Nr. 99 an die Geschäftsstelle.